

**15.03.1920** - Vor 95 Jahren Bildung der Roten Ruhrarmee gegen den Kapp-Putsch und Beginn bewaffneter Kämpfe

**21.03.1990** – Vor 25 Jahren wurde das bisher von Südafrika verwaltete Namibia unabhängig. Es war das letzte afrikanische Kolonialgebiet

**26.03.1915** – Vor 100 Jahren begann in Bern die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, vorbereitet unter anderem durch Clara Zetkin

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

3. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle

10. März 2015

## Zur Stadtratssitzung am 25.02.2015

**Zur Stadtratssitzung am 25.02.2015, dem Abstimmungsverhalten der Fraktion DIE LINKE/Die Partei und die Nichtteilnahme an der anberaumten Sondersitzung des Stadtrates erklärt der Vorsitzende der Fraktion Dr. Bodo Meerheim:**

Ja, es ist richtig, wir haben an der Sondersitzung des Stadtrates, die 2h vor ihrem Beginn und während der regulären Sitzung einberufen wurde, als Fraktion nicht teilgenommen. Grund war die nach unserer Meinung nicht nur fehlerhafte, sondern gesetzwidrige Einberufung dieser Sondersitzung. Dies haben wir auch sehr ausführlich begründet. Gesetze und selbst beschlossene Regelungen wie Geschäftsordnungen im Stadtrat und anderswo sind dazu da, einen Rahmen für das Agieren in demselben zu geben. Verstößt man dagegen, so ist es das gute Recht eines jeden, diesen Verstoß durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Das hat nichts mit Trickserei zu tun, wie es der OB behauptet. Zu tricksen versucht hat er, indem er Gesetze und Regelungen, vorsichtig gesagt, mit Absicht nicht beachtet hat. Einmal solch einen Vorgang geduldet, veranlasst dies Wiederholung.

Wie heißt es?: Wehret den Anfängen!

Ja, und deshalb haben wir am Donnerstag, 26.02.2015, 18:00 Uhr, einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht Halle zur Überprüfung des rechtmäßigen Zustandekommens dieser Sitzung gestellt.

Falsch ist die Behauptung, dass damit die Entscheidung zur Verbreiterung der Rosengartenbrücke aufgehoben werden könnte. Sollte das Gericht unsere Meinung teilen, wäre der Beschluss zwar rechtswidrig, jedoch heilbar, indem man eine ordnungsgemäße, den Gesetzen entsprechende Sitzung einberuft. Die Mehrheiten werden sich bis dahin kaum ändern. Uns

geht es hier tatsächlich nur um die Wiederherstellung des Rechts für die Stadträte, damit auch in Zukunft gesichert ist, dass die Stadtverwaltung nicht zum Wiederholungstäter wird. Ausschließen kann man dies natürlich nie, trotz eines für uns sprechenden Urteils. So naiv sind wir nicht. Ansonsten akzeptieren wir jeden demokratisch zustande gekommenen Mehrheitsbeschluss, auch wenn wir ihn deshalb nicht immer verstehen oder nachvollziehen können müssen. Die Kosten für die Klage trägt im Übrigen die Fraktion selbst (1400,- Euro) und nicht die Partei.

Es gab und gibt Streit und unterschiedliche Positionen zu dem Thema. Aber dabei geht es mitnichten „nur“ um 420.000 Euro, sondern um 420.000 Euro + 3,5 Mio Euro. Also ca. 4 Mio Euro für eine sehr viel breitere Brücke als heute und als notwendig, die auf Grund des mehrfach nachgewiesenen, abnehmenden Verkehrsaufkommens in dieser Größe wirklich nicht ausgebaut werden muss. Das Verkehrsaufkommen ist an dieser Stelle in den letzten 15 Jahren um die Hälfte gesunken und soll nach allen Prognosen weiter sinken, und zwar nach der Fertigstellung der sogenannten Osttangente. Dies sollten die Fürsprecher auch einmal zur Kenntnis nehmen. Übrigens würde die Brücke in ihrer jetzigen Größe ohne Mehrkosten für die Stadt durch die Deutsche Bahn AG saniert. Die oben genannten Mehrkosten kommen nur dann auf die Stadt zu, wenn Sie die Brücke wesentlich breiter (+10m) als heute von der Deutschen Bahn saniert und erbaut haben will.

weiter auf Seite -2-

## Zur Stadtratssitzung...

Fortsetzung von Seite -1-

Und so lautet jetzt leider der Beschluss. Die Stadt Halle hat schon kein Geld und geht mit dem jetzt getroffenen Beschluss ein ganz erhebliches Risiko in der Höhe von ca. 4 Mio Euro ein. Insofern war unsere Entscheidung nicht verantwortungslos, sondern eher realpolitisch begründet. Und wenn man der LINKEN in Halle gewiss eins nicht vorwerfen kann, dann OPPOSITION UM DER OPPOSITION WILLEN ZU BETREIBEN. Dies würden sogar unsere politischen Gegner im Stadtrat und der OB unterschreiben.

Aber zurück zur Brücke.

Wer wird dann haftbar gemacht, wenn die im Beschluss bezifferten und noch zu beantragenden Fördermittel in Höhe von 3,5 Mio Euro nicht kommen, weil die Stadt diese nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht begründen kann? Letzteres hat die Stadtverwaltung mehrfach bestätigt - sie kann es nicht begründen, weil die dafür vorhandenen Kriterien des Verkehrsaufkommens nicht erfüllt werden. Dazu gibt es auch seit Dezember 2014 einen Hinweis des entsprechenden Bundesministeriums. Dies wollten aber die Fürsprecher im Stadtrat und in der Rosengartensiedlung nicht hören. Aber diesen Fragen muss man sich doch stellen und die Antworten darauf ausreichend würdigen und nicht negieren. Dies haben wir mit unserer Entscheidung versucht, entsprechend verantwortungsvoll zu realisieren.

Ja, ich lese die MZ, und habe auch mitbekommen, dass dort vorwiegend Fürsprecher zu Wort gekommen sind (Vielleicht auch mit Absicht?). Dies heißt doch aber nicht, dass die dort abgegebenen Meinungen deshalb richtig sein müssen, auch und insbesondere vor dem Hintergrund der Abwägung vielerlei Bürgerinteressen in der Stadt, oder anders gesagt gesamtstädtischer Interessen. Demokratie heißt eben immer auch die Abwägung und der Austausch unterschiedlichster Interessen. Politik hat hier dann die Aufgabe, gesunde Kompromisse zu finden oder/und Prioritäten zu setzen bzw. durch Mehrheiten festzulegen. Und bei der Prioritätensetzung und -berücksichtigung unterscheiden sich die politischen Parteien und Wählervereinigungen dann oft ganz erheblich. Sonst bräuchte es sie

ja nicht - gäbe es keine Unterschiede. Und manche von ihnen setzen Prioritäten manchmal ohne Rücksicht auf Verluste.

Demokratie ist nach unserer Meinung nicht dann am besten, wenn ein vorhandener Bürgerwille einfach eins zu eins umgesetzt oder ihm zum Mund geredet wird (Auch Bürger können irren, nicht nur Politiker, die übrigens ebenso Bürger sind). Denn Teilinteressen können anderen Teilinteressen und Gesamtinteressen sowie Mehrheitsinteressen widersprechen.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass wir uns im Stadtrat nicht nur richtig verhalten, sondern auch zu recht den Antrag auf Vergrößerung der Brücke aus sehr verantwortbaren Gründen abgelehnt haben. Wir stehen zu unserer Meinung, auch wenn man manchmal von Bürgern gescholten wird. Man kann es nicht Allen recht machen - auch die LINKE nicht.

Ich hoffe jedoch sehr, dass ich mit meinen Worten ein paar Argumente liefern konnte, die zumindest Verständnis auch für unsere Position wecken konnten.

Basistreffen BO Riebeckplatz/Hofjäger  
am 11. März ab 16 Uhr  
im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44  
Diskussion aktueller politischer Probleme  
Gäste sind herzlich willkommen!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
noch arbeitet der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur NSA-Affäre. Die Bundesregierung tut sich bei der Aufklärung sehr schwer. Für die DDR-Aufklärung war die NSA kein unbeschriebenes Blatt.

Der RotFuchs Förderverein lädt zu seiner Bildungsveranstaltung im März ein:

Thema: **Zur elektronischen Kriegführung der USA und der NATO**

Referent: Oberst a.D. Klaus Eichner, ehemaliger Mitarbeiter der Aufklärung der DDR

**31. März 2015, 16:30 Uhr**

**Ort: Kulturtreff Halle Neustadt,  
Am Stadion 6**

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 400 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
06.03.2015  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 09.04.2014

# Perspektive 2016

## Sachsen-Anhalt links regiert

REGIONALKONFERENZ  
Halle, Saalekreis,  
Burgenlandkreis  
20. März 2015



An alle  
Mitglieder der Stadt- bzw. Kreisvorstände  
Vorsitzenden der Basisorganisationen  
kommunalen MandatsträgerInnen  
Bundestags- und Landtagsabgeordnete  
WahlkreismitarbeiterInnen  
Delegierten des Bundes- und Landesparteitages  
Mitglieder des Bundes- und Landesausschusses

**der Region Halle, Saalekreis, Burgenlandkreis**

### **Regionalkonferenz DIE LINKE am 20. März 2015**

Magdeburg, 23. Februar 2015

#### **Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

in einem Jahr findet in Sachsen-Anhalt die nächste Landtagswahl statt. Am 17. Februar hat der Landesvorstand einstimmig für die 1. Tagung des 5. Landesparteitages am 18. April 2015 in Dessau einen Leitantrag beschlossen, der unter dem Titel „Für einen politischen Richtungswechsel 2016“ steht. Ebenfalls einstimmig hat der Landesvorstand den Antrag an den Landesparteitag verabschiedet, Wulf Gallert für das Amt des Ministerpräsidenten im Land Sachsen-Anhalt und als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im März 2016 zu nominieren.

Nun laden wir gemeinsam mit Kreis- und Stadtverbänden zu insgesamt sechs Regionalkonferenzen ein – an denen auch Wulf Gallert teilnehmen wird –, um uns mit Euch zur Vorbereitung des Landtagswahlkampfes auszutauschen und über politische Projekte für die Landtagswahl zu diskutieren. Außerdem wollen wir Euch über vorgeschlagene Änderungen unserer Landessatzung informieren.

#### **Die Konferenz für die Region Halle, Saalekreis, Burgenlandkreis findet statt am Freitag, dem 20. März 2014, 17.30 Uhr, Kulturtreff, Am Stadion 6, 06122 Halle (Saale).**

Es wäre schön, wenn Ihr von dieser Möglichkeit des Informations- und Gedankenaustausches regen Gebrauch machen könntet. Die gastronomische Versorgung ist auf Selbstzahlerbasis gewährleistet.

Wir freuen uns auf Euch und anregende, interessante Debatten.

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads 'Birke Bull'.

Birke Bull

## **Frauenarmut vorprogrammiert!**

Von Katja Bahlmann (Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Burgenlandkreis)

Altersarmut ist fast gleichzusetzen mit Frauenarmut - aber warum? Frauen werden noch immer mit fast 23% weniger entlohnt als Männer im gleichen Job, Millionen Frauen schufteten zu Dumpinglöhnen – daraus folgt: weniger Rente.

Niedriglohnzeiten und Zeiten von Kindererziehung sowie Pflege von Angehörigen, die oft die Frauen treffen oder übernehmen, sind Grund dafür, dass weniger Rentenanwartschaften aufgebaut werden können - daraus folgt: weniger Rente.

Frauen im Osten bekommen weniger Rentenpunkte als Frauen im Westen bei gleichem Job - daraus folgt: weniger Rente für Ost-Frauen.

Auf Deutschland Ost und West rollt eine Welle der Altersarmut zu, denn alle Regierungen der vergangenen Jahre haben das Rentenniveau drastisch gesenkt, die Rente mit 67 eingeführt und die Beiträge zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose gestrichen. Aktuelle Zahlen machen einfach Angst: 83,9% der aktuellen Rentnerinnen bekommen weniger als 850 Euro Rente. Zwei von drei Frauen, die ab 2011 in Rente gegangen sind, bekommen weniger als 707 Euro Rente und werden ein Fall für die Grundversicherung im Alter, die ehemalige Sozialhilfe. Frauen, die vor zwei Jahren in Rente gegangen sind, erhalten im Durchschnitt 40% weniger Rente als sie Männer bekommen.

Das alarmiert! Auch deshalb meine ich: Seniorenpolitik geht alle an, egal ob Junge oder Ältere, denn es geht um ein selbstbestimmtes, würdevolles, gleichberechtigtes Leben im Alter!

## **Lila Laune Futter - Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf!**

Massentierhaltung und übermäßiger Fleischkonsum beeinflussen unser Leben tagtäglich, indem sie die Umwelt zerstören und unsere Gesundheit beeinträchtigen. Fleisch ist für viele Menschen lange nicht mehr bloß eine Ressource und ein Lebensmittel - Nein, für viele ist es bereits ein Statussymbol. Doch es geht auch anders: Der steigende Bevölkerungsanteil von Vegetarier\*innen und Veganer\*innen macht deutlich, dass eine fleischfreie Ernährungsweise lecker, gesund und einfach sein kann.

Aller Anfang ist schwer: Vielen Menschen fehlt leider der Bezug zu einer alternativen Ernährungsweise. Unsere Küche für Alle ist ein Ort, an dem vegane Mahlzeiten kostenlos oder gegen eine kleine Spende eingenommen werden können. Sie bieten die Vorteile, Mahlzeiten in netter Gesellschaft einnehmen zu können und neue Menschen kennenzulernen, den Geldbeutel zu schonen und mit Spenden alternative Projekte zu unterstützen, sind aber auch eine Möglichkeit, um mit veganer Ernährung in Kontakt zu kommen und neue Leckereien auszuprobieren.

Immer am ersten Freitag im Monat findet um 19 Uhr unsere vegane Küche für Alle im Linken Laden in der Leitergasse 4. statt. Die Mahlzeiten sind kostenlos und die Spenden werden komplett alternativen Projekten übergeben. Die nachhaltige Veränderung der Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist ein Prozess, der nicht nur im Kopf stattfindet, sondern auch durch den Magen geht. Deshalb laden wir alle interessierten Menschen zu unserer Küfa ein und sagen „Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf!“



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat März Geburtstag haben.**

## **Antikapitalistischer Blockupy-Protestbus**

Am 18. März 2015 will die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier feierlich eröffnen. Es gibt nichts zu feiern an Kürzungspolitik und Verarmung! Tausende von wütenden Menschen und entschlossenen Aktivist\_innen aus ganz Europa werden daher die Straßen rund um den Eurotower blockieren und dieses Event der Macht und des Kapitals unterbrechen. Wir werden aus Halle gemeinsam mit der LINKEN Halle, der linksjugend solid, dem SDS und der FAU per Bus nach Frankfurt fahren.

Los geht es am **18.03. um ca. 6 Uhr** (genaue Zeit und Ort wird noch im Linken Laden per Aushang mitgeteilt) und gegen 19 Uhr werden wir voraussichtlich die Rückfahrt antreten.

Tickets (Solipreis: 10-15 Euro) und mehr Informationen erhaltet ihr über [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de), über Telefon 0345 2205090 oder im Linken Laden.



## Aus dem letzten Stadtrat am 25.02.2015

Das Thema im Stadtrat war die Entscheidung zur Erweiterung der Brücke am Rosengarten und damit der Vierspurigkeit der Merseburger Straße. Bereits in der Einwohnerfragestunde war das Thema präsent. Mehrere Bürger und VertreterInnen positionierten sich für den Ausbau der Straße. Zur Diskussion des Stadtrates dazu später...

Der Oberbürgermeister erklärte in seinem Bericht an den Stadtrat, dass die Bewerbungsfrist für den Chefposten im Zoo abgelaufen ist. Der Aufsichtsrat wird dazu in Kürze tagen. Er informierte weiter darüber, dass die 125-Kilo-Bombe am Günterbahnhof entschärft wurde und es auch kleinere Schäden gab.

Im „Starpark“ gehen die Bauarbeiten für „Ebay“ voran. Zurzeit werden schon neue MitarbeiterInnen für das Unternehmen gesucht.

Weiterhin informierte er, dass das Landesverwaltungsamt „grünes Licht“ dafür gegeben hat, dass die Schulen des Eissporthallen-Betreibervereins durch die Stadt übernommen können. Damit können nun die Fluthilfeanträge durch die Stadt Halle (Saale) gestellt werden. Ohne Diskussion wurde dem Bebauungsplan Böllberg zugestimmt. Damit ist der Weg frei für ein neues Wohngebiet, welches rund um die „Böllberger Mühle“ entstehen soll.

Ebenfalls mehrheitlich beschlossen wurde der Bebauungsplan zum Hufeisensee. Das wurde erforderlich, weil es noch einige Änderungen gab. Der Satzungsbeschluss zum Hufeisensee wurde dagegen noch einmal vertagt. Ebenfalls beschlossen wurde eine neue Nutzungsordnung für die Konzerthalle Ulrichskirche. Auch ein neuer Beirat für die Volkshochschule „Adolf Reichwein“ wurde bestätigt. Aus unserer Fraktion wird Hendrik Lange dabei sein.

Beschlossen wurde der Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen gegen Kinderarmut. Ein Änderungsantrag, dem alle Fraktionen zugestimmt hatten, wurde dazu bestätigt. Den Stadträten ging es mit diesem Antrag darum, mehr Verbindlichkeiten zu haben und konkrete Maßnahmen zu beschließen. So wird es mit dem neuen Haushalt eine eigene Haushaltsstelle geben.

Untersetzt wurde auch der Beschluss, dass die Schulsozialarbeit für das Schuljahr 2015/2016 mindestens auf dem Niveau des Vorjahres erhalten bleibt. Im 3. Punkt wurde mehrheitlich beschlossen, strategisch daran zu arbeiten, dass mit der Haushaltsdiskussion 2016 mehr Geld für den Halle-Pass einzustellen, um ihn

attraktiver zu machen bzw. mehr Nutzungsmöglichkeiten anzubieten.

Auch die Tatsache, auf lange Sicht die Einführung des Sozialtickets voranzutreiben, wurde in diese Überlegungen aufgenommen!

Und dann folgte die Abstimmung zur Merseburger Straße! Herr Stäglin, Beigeordneter der Stadt Halle, warb zu Beginn der Diskussion und in der Einbringung des Antrages dafür, die geplante Vierspurigkeit zurückzunehmen, und betonte, dass die kleinere Brücke völlig ausreichend sei. Dafür spreche, dass Verkehrszählungen ergeben haben, dass der Verkehr abnimmt. Ein anderes Argument, welches für unsere Fraktion auch von großer Bedeutung war und ist, führt er an: Die Aufweitung der Brücke kostet verdammt viel Geld! Herr Stäglin spricht von Fördermitteln in Höhe von 3,5 Millionen, die man gut für andere dringend benötigte Projekte einsetzen könnte! Dazu kommen 420.000 EUR Eigenmittel. Swen Knöchel argumentierte für unsere Fraktion und stellte auch noch einmal dar, dass noch gar nicht klar sei, ob es Fördermittel wirklich gäbe! Möglicherweise muss die Stadt dann dafür einspringen; das Risiko ist also da! Was nicht schön war: Aus dem Saal gab es zahlreiche „Buh-Rufe“ bei „unseren“ Argumenten. Mit einem demokratischen Umgang im Hinblick der unterschiedlichen Meinungen und mit Achtung dieser hat das wenig zu tun! Unsere Fraktion stimmte für den Antrag – also für die Rücknahme des Beschlusses zum Ausbau der Merseburger Straße. Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM auch, aber es „reichte“ nicht. Die namentliche Abstimmung ergab, dass der Beschluss zum Ausbau der Merseburger Straße bestehen bleibt! Die Bahn-AG hat sich in diesem Zusammenhang mit „Druck“ auf eine Entscheidung zum Bau (Ausbau) der Brücke an die Stadt gewandt.

Das hatte nun zur Folge, dass die im Dezember 2014 abgelehnte Vorlage „Neubau einer Eisbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten“ als Dringlichkeit nach dem Beschluss der Vierspurigkeit der Merseburger Straße behandelt werden musste. Soweit so gut! Die Geschäftsordnung des Stadtrates regelt, wann und wie die Stadtratssitzungen – auch in dringlichen Fällen einberufen werden müssen. Der Oberbürgermeister und der Stadtratsvorsitzende stellen die Tagesordnung für die einzuberufende Sitzung. So entschieden beide, dass die Sondersitzung zur

Abstimmung des Beschlusses zum „Neubau der Eisenbahnbrücke“ sofort nach dem öffentlichen Teil der laufenden Stadtratssitzung einberufen wurde. Dagegen wandte sich unsere Fraktion. Die Gründe: Die Geschäftsordnung besagt, dass auf Grund von Dringlichkeiten eine Stadtratssitzung innerhalb von drei Tagen einzuberufen ist. Der zweite Grund war, dass eine Neubefassung mit einer Vorlage, die abgelehnt wurde, erst nach sechs Monaten erfolgen kann, wenn keine neuen Erkenntnisse etc. vorliegen. Gegen beide

o. g. Sachverhalte wurde u.E. verstoßen. Das waren Gründe, an der anberaumten Sondersitzung nicht teilzunehmen. Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM versagten ihre Teilnahme ebenfalls. Gegen die unserer Meinung nach rechtswidrige Einberufung der Sondersitzung hat unsere Fraktion beim Verwaltungsrecht Klage eingereicht. (Bitte auch Artikel von Dr. Bodo Meerheim dazu beachten!)

Ute Haupt, Stadträtin

## Das muss drin sein

Kampagne „Das muss drin sein.“ – Stand der Umsetzung im Landesverband DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
Tanja Behrend

### Beschlusslage:

Am 15. September 2014 hat der Parteivorstand Eckpunkte für eine bundesweite Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse beschlossen. Die Kampagne ist langfristig über mehrere Jahre angelegt und steht unter dem Motto „Das muss drin sein.“ Ihr Ziel ist es, das Thema prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken und deutlich stärker zum Bestandteil der politischen Auseinandersetzungen zu machen. Die Eckpunkte wurden am 20. September vom Bundesausschuss bestätigt: [http://www.dielinke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2014/beschlusse/beschluss\\_276\\_2014/beschluss\\_276\\_2014.pdf](http://www.dielinke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2014/beschlusse/beschluss_276_2014/beschluss_276_2014.pdf)

Am 2. Dezember 2014 fasste der Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen-Anhalt einen Beschluss zur Umsetzung der Kampagne im Landesverband Sachsen-Anhalt, mit dem er sie grundsätzlich unterstützt:

[http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/download/Beschlusse\\_Landesvorstand/20141202-Beschluss-50-LV18-Kampagne.pdf](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/download/Beschlusse_Landesvorstand/20141202-Beschluss-50-LV18-Kampagne.pdf)

### Arbeitsgremien:

Auf Bundesebene gibt es einen Kampagnenrat mit insgesamt 57 Mitgliedern, in dem unter anderem die Landesverbände vertreten sind (für Sachsen-Anhalt Anke Lohmann und Tanja Behrend). Aus der Mitte des Kampagnenrates wurde eine Steuerungsgruppe berufen, der unter Leitung des Bundesgeschäftsführers Mitarbeiter/innen der Bundesgeschäftsstelle angehören. Beide Gremien treffen sich regelmäßig.

Mit seinem Beschluss vom 2. Dezember berief der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe, deren Aufgabe es ist, die Kampagne sowie deren Umsetzung vorzubereiten und zu begleiten. Zu der Arbeitsgruppe gehören:

- die Landesgeschäftsführerin
- die Mitarbeiterin für Grundsatzfragen

- der Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit
- der Mitarbeiter für Jugendkoordination und Mitgliederbetreuung
- die Mitarbeiterin für Sozial-, Behinderten- und Gesundheitspolitik in der Landtagsfraktion
- der Mitarbeiter für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Landtagsfraktion

### Abstimmung mit Kreisen und Landesgremien:

Bestandteil des Landesvorstandsbeschlusses ist auch die Bitte an die Kreisverbände, die Kampagne zu unterstützen, wobei eine regionale Schwerpunktsetzung ausdrücklich erwünscht ist.

Am 21. November tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter des Landesvorstandes in einer Beratung mit den Kreisvorsitzenden über Grundzüge der Kampagnenumsetzung sowie erste Ideen zu Inhalten und Aktivitäten aus. Am 20. Februar wurde das Thema auf einer weiteren Kreisvorsitzendenberatung als ein wichtiger Bestandteil des Landtagswahlkampfes aufgerufen.

Auch auf der Beratung des Landesausschusses, der Zusammenschlüsse sowie Vertreterinnen und Vertretern des Landesvorstandes am 21. Februar stand die Kampagne zur Diskussion.

### Arbeitsstand im Landesverband DIE LINKE. Sachsen-Anhalt:

Die vom Landesvorstand per Beschluss einberufene Arbeitsgruppe hat sich im Dezember 2014 zu Arbeitsweise und Arbeitsschritten verständigt. Eine zweite Beratung Anfang Februar 2015 diente dem Austausch über die inhaltliche Untersetzung der Kampagne. Die Kampagne stützt sich auf fünf Grundforderungen:

1. Befristung und Leiharbeit stoppen
2. Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV
3. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst
4. Wohnung und Energie bezahlbar machen
5. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit

**„Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird die Kampagne mit Kernthemen und Kernbotschaften im Landtagswahlkampf verbinden.“ (LV-Beschluss vom 2. Dezember 2014)**

Auf der gemeinsamen Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion am 24./25. Januar 2015 in Wittenberg sind Schwerpunktthemen diskutiert worden, die als Gerüst des Landtagswahlprogramms dienen sollen. Darunter unter anderem das Arbeitsmarktprogramm „Gemeinwohlarbeit“, die Sicherung einer nachhaltigen Personalentwicklung und die Zukunft der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.

**„Geeignete Kampagnenelemente werden in Sachsen-Anhalt zur Unterstützung des Landtagswahlkampfes genutzt. Dabei werden die Themen Niedriglöhne und soziale Arbeit in prekärer Beschäftigung Schwerpunkte sein.“ (LV-Beschluss vom 2. Dezember 2014)**

**„Für eine (erste) landesweite Aktion im Rahmen der Kampagne wird der 1. Mai 2015 vorgeschlagen.“ (LV-Beschluss vom 2. Dezember 2014)**

**Die vom Landesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe hat sich zunächst auf den Kampagnenstart konzentriert:**

1. Mai – Kampagnenstart mit dem Schwerpunkt „Gute Arbeit“

• Wirtschaftsförderung nur bei Verhinderung prekärer Beschäftigung und dem Erhalt/Ausbau betrieblicher Mitbestimmung (Vergabegesetz)

- Projekt Gemeinwohlarbeit
- Finanzierungsanteile des Landes an der sozialen Infrastruktur unter Berücksichtigung der Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes
- Verhinderung prekärer Beschäftigung an Universitäten

Auch auf Bundesebene ist der 1. Mai als Starttermin für die Kampagne festgelegt worden. Dafür wird zentral Material produziert: ein 1. Mai-Plakat, ein Plakat zur Kampagne, eine Klappkarte im A6-Format, eine Aktions-Postkarte, Aufkleber und in sehr geringer Auflage Aktionsstoffbeutel und Buttons. All diese Materialien befinden sich aber noch in der kreativen Entwicklung, sie werden rechtzeitig zum Aktionstag bei den Landesverbänden ankommen.

Als weiterer Vorschlag für Kampagnenaktivitäten wurde das in Sachsen-Anhalt gerade sehr kritisch diskutierte Thema Belastung von Eltern durch immens steigende Elternbeiträge für die Kinderbetreuung aufgenommen. Mögliche Aktionstage dafür wären der 1. Juni (Internationaler Kindertag) oder der 20. September 2015 (Weltkindertag).

Dies sind erste Ideen, selbstverständlich werden uns aber viele weitere Themen im Landtagswahlkampf begleiten, die ebenfalls unter das Motto der Kampagne passen. Dazu gehört der bezahlbare Strom ebenso wie die bürgernahe Infrastruktur vor Ort, die Flüchtlings- und Migrationspolitik genauso wie die Gesundheits- und Bildungspolitik.

## Solidarität ist eine Seife

Am 25. Februar hatten sich ca 15 Gäste im Senioren-Cafe' mit Prof. Werner Lange vom Humanistischen Regionalverband Halle und Saalkreis getroffen, um sich mit dem Thema "Vorsorge für Unfall, Krankheit, Alter" zu befassen. Für die meisten Anwesenden war zwar die Thematik nicht ganz neu, dennoch ergaben sich Fragen zu "hieb- und stichfesten" Formulierungen für die eigene Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung, sodass auch Termine für persönliche Beratungen vereinbart wurden. Bevor das Thema "Vorsorge" besprochen wurde, informierte Genossin Höpner über die im ND vom 24. Februar gestartete Aktion "Wasch deine Hände für die Solidarität" zugunsten der Arbeiter einer Fabrik in Thessaloniki, welche die in Konkurs geratene Fabrik VIO.ME (BIO.ME) besetzt halten und in Selbstverwaltung die Produktion von Seife für die Bevölkerung aufgenommen haben. Einen professionellen Vertrieb hat die Fabrik nicht und verkauft ihre Seife auf offenen Märkten und über Solidaritätskomitees. Ein von Prominenten unterzeichneter Solidaritätsaufruf erreichte auch Berlin und das ND startete den Verkauf der Soli-Seife über seinen ND-Shop. \*

Die Gäste des Senioren-Cafe's wollten sich sofort an der Solidaritätsaktion beteiligen: Eine Liste wurde gefertigt und Genossin Höpner beauftragt, die Bestellung im ND-Shop über das Internet vorzunehmen – aber dazu kam es nicht, denn die 1. Seifenlieferung war bereits am Start-Tag der Aktion nach wenigen Stunden ausverkauft! Vorerst werden die 2000 Bestellungen abgearbeitet und keine Neubestellungen mehr entgegengenommen. \*\*

\* ND v. 24.02.15 Seite 3 „Solidarität ist eine Seife“ / \*\* ND v. 26.02.15 „In eigener Sache“

## **In Berlin – und (H)alle dabei [7]**

Die Kolumne von Petra Sitte zum Zusammenhang von politischer Arbeit im Bundestag und den Entwicklungen im Wahlkreis. Die 7. Folge beschäftigt sich mit einer rechtlichen Folge der Wiedervereinigung: dem sogenannten Schuldrechtsanpassungsgesetz.

Die Übertragung von DDR-Gesetzen in bundesdeutsches Recht hat in der Vergangenheit schon zu einigen Ungerechtigkeiten geführt; für die Betroffenen nicht selten verbunden mit endlosem Ärger und erheblichen finanziellen Verlusten. Erinnert sei hier nur an die sogenannten Alt-Geschiedenen, die im Einheitsvertrag schlicht vergessen wurden. Aktuell beschäftigt uns im Bundestag ein weiterer Fall der „Rechtsanpassung“, der bei den Betroffenen (völlig zu Recht) erneut für Unmut sorgen dürfte.

Am 03. Oktober 2015 endet der besondere Kündigungsschutz für Nutzungsverträge über Erholungsgrundstücke, die zu DDR-Zeiten geschlossen wurden. Der Fortbestand dieser Verträge bis zu diesem Jahr ist im sogenannten Schuldrechtsanpassungsgesetz geregelt. Die Sonderregelung wurde nötig, da das DDR-Recht eine Trennung der Besitzverhältnisse von Grundstücken und Bebauungen kannte. Mit Auslaufen der Übergangsregelung geht das Gebäudeeigentum an den Grundstücksbesitzer über. Was sich auf den ersten Blick nach einer Formalie anhört, kann weitreichende Folgen für die Betroffenen haben, die der linke Justizminister Brandenburgs, Helmuth Markov, Ende Januar in seinem Antrag zur Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes im Bundestag auf den Punkt brachte: „Der Grundstückseigentümer hat den Nutzer zwar grundsätzlich für das Bauwerk zu entschädigen. Endet das Vertragsverhältnis aufgrund einer ordentlichen Eigentümerkündigung jedoch nach dem 03. Oktober 2022 und entschließt sich der Grundstückseigentümer für den Abbruch der Datsche, haben die Nutzerinnen und Nutzer die Hälfte der Abbruchkosten zu tragen, ohne dass sie eine Entschädigung für die Errichtung der Baulichkeit beanspruchen können. Wird das Nutzungsverhältnis erst nach Ablauf des 31. Dezember 2022 beendet, ist der Nutzer sogar zur Beseitigung der Datsche auf eigene Kosten verpflichtet.“

Noch kürzer gesagt: Nach heutiger Rechtslage können all jene, die ihre Erholungsgrundstücke vor der Wiedervereinigung bebaut haben, verpflichtet werden, ihre Datschen auf eigene Kosten abzureißen, wenn der Grundstückseigentümer nur lang genug wartet. Dabei geht es nicht nur um Privatgrundstücke; viele der Grundstücke sind in kommunalem Besitz. Wie viele Menschen in Halle und dem Saalekreis davon betroffen sind, konnte ich nicht in Erfahrung bringen. Das ist aber

auch gar nicht so entscheidend für die Feststellung, dass wir es hier mit einer weiteren „Rechtsanpassung“ in Folge der Wiedervereinigung zu tun haben, die für die Betroffenen sehr gravierende Folgen haben kann.

In einem ersten Schritt wollen wir nun die Übergangsfrist bis 2022 verlängern, um schnell einen wirksamen Schutz und Rechtssicherheit für die Leidtragenden zu schaffen. Zusätzlich muss die Pflicht zur Übernahme der Abrisskosten durch die Nutzerinnen und Nutzer neu (und zwar gerechter!) geregelt werden.

Nachdem Helmuth Markov den Gesetzesantrag als Bundesratsinitiative eingebracht hat, wird er nun in verschiedenen Ausschüssen behandelt. Hoffentlich schnell, denn die Zeit drängt.

### **Wir suchen Hilfe**

Der Regionalverband Halle/Saalkreis des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) sucht einen engagierten Menschen, der die Stelle eines Bundesfreiwilligen ausfüllen kann. Der Regionalverband hält eine Schafherde, die betreut werden muss. Dazu ist es nötig, einen Transporter fahren zu können. Weiterhin sind Mäh- und Entbuschungseinsätze erforderlich. Die Stelle ist für ein Jahr ausgeschrieben. Das Entgelt beträgt ein Taschengeld von 174 Euro und die wöchentliche Arbeitsstundenzahl beträgt 20,1 Stunden. Dieses Entgelt wird nicht auf Hartz IV angerechnet. Bei Interesse bitte in der Geschäftsstelle des Regionalverbandes (Tel.: 0345 202 16 18) oder im Wahlkreisbüro Dr. Uwe-Volkmar Köck (Tel.: 0345 2 94 18 63) melden.

Frigga Schlüter-Gerboth, Wahlkreismitarbeiterin  
Mail: uwe.koeck@ewt-net.de  
Telefon: (03 45) 2 94 18 63  
Fax: (03 45) 2 94 18 64

### **18. März 15, 17:00 Uhr**

Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen, Diskussion :“ Zur wachsenden Armut und die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern.“

Bezugnehmend auf die Veröffentlichungen der MZ vom 20.02.15, Seite 1 und 4



**Liebe Genoss\*Innen,**

wir, die Linksjugend, wollen ab dem 6.3.15 jeden ersten Freitag im Monat eine Küche für alle, kurz Küfa, im Linken Laden anbieten. Dabei wollen wir vegane Mahlzeiten kostenlos oder gegen eine kleine Spende anbieten. Dabei kann in offener Atmosphäre die vegane Küche kennengelernt werden oder einfach nur in netter Gesellschaft miteinander diskutiert und in Kontakt gekommen werden.

Nun brauchen wir dafür aber noch eure Hilfe! Im Moment fehlt uns noch einiges an Küchenutensilien die für die Zubereitung von Speisen unerlässlich sind. Dazu gehören Schneidebretter, große Töpfe (15 Liter oder größer), Messer, Gemüseschäler und Pfannen.

Wir bitten euch zu schauen, ob ihr einige Dinge aus euren Küchen dafür entbehren könnt. Bitte kauft keine neue Sachen dafür, wir möchten den Materialaufwand gering halten. Wenn ihr Sachen habt, meldet euch doch bitte im Linken Laden bei Dirk oder Frank und sagt ihnen, was ihr entbehren könnt.

Eure Linksjugend

Senioren-Cafe' am **25. März ab 14:30 Uhr**  
**im Linken Laden, Leitergasse 4**

Lesung und bebildeter Vortrag von  
Genn. M.Lenk

über Curt Goetz auf Halles Bühnenbrettern

Vorschau:

Senioren-Cafe' am **29. April ab 14:30 Uhr**  
**im Linken Laden, Leitergasse 4**

Gen. Rainer v. Sivers: Opfer des Faschismus -  
die ermordeten Sinti und Roma aus Halle

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

**18. April 2015 Beginn 11:00 Uhr**

**Befreiung? Die Deutschen am  
Ausgang des 2. Weltkriegs**

Als der Begriff Befreiung für die Zerschlagung der faschistischen Militärmacht und das Ende der 1933 errichteten Diktatur in der DDR schon in den Schulbüchern stand, war in der Bundesrepublik von Niederlage, Kriegsende, Katastrophe, Zusammenbruch die Rede – bis Richard von Weizsäcker 1985 seine Rede hielt, an die jüngst anlässlich seines Todes wieder und wieder erinnert wurde. Werden aber im und von Deutschen mit dem Begriff Befreiung eigentlich die gleichen Inhalte bezeichnet? Von wem und wovon sind die Deutschen 1945 befreit worden? Was stand der Akzeptanz des Begriffs entgegen? Und ist der Gebrauch des Bundespräsidenten in die Schulbücher gedrungen? Wie kam es zur Umtaufe von Straßen im Osten Deutschlands, die einmal „Straße der Befreiung“ hießen“

**Mit Prof. Dr. Kurt Pätzold, Historiker**  
**Im Hörsaal B des Melanchthonianums, Martin-**  
**Luther-Universität Halle-Wittenberg, Uniplatz,**  
**06108 Halle**

Gemeinsame Veranstaltung mit VVN/BDA und der  
Fraktion Die Linke Stadtverband Halle

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle

Leitergasse 4, 06108 Halle

TEL: 0345-2025594

email: gs-halle@rosaluxsa.de

**SPD denkt laut über Punktesystem für Einwanderung nach**

[mabo] Die SPD denkt zur Zeit laut über die Änderung des Einwanderungsgesetzes nach, wobei ein Punktesystem eingeführt werden soll, welches die Einwanderungswilligen beurteilen wird. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist dieses System sicherlich rational und logisch nachvollziehbar, soll es doch der Zuführung von qualifizierten Kräften dienen. Dies würde sicherstellen, daß ein Einwanderer einen Nutzen für die Gesellschaft, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, darstellt, bzw. würde es die Wahrscheinlichkeit senken, das ein Zuwanderer eine Belastung für das Sozialsystem darstellt. Aber man sollte schon nüchtern sehen, was es genau bedeutet: Es ist eine Selektion von Menschen, welche alles andere als sozial ist. Eine Ungleichbehandlung von Menschen per Gesetz.

Quelle:

SPD-Vorschlag für Zuwanderung: Gute Ausländer, schlechte Ausländer

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderer-spd-fraktionschef-thomas-oppermann-will-punktesystem-a-1021449.html>

## Gerne würde ich loben

Mathias Bothe

Der Linken wird häufig vorgeworfen nur zu nörgeln, alles was die Regierung macht zu kritisieren und nie die Leistung, die geschaffen wird, anzuerkennen. Nur wie soll denn so ein Lob der Linken am Tun oder Lassen der Regierung aussehen? Ich will mal einen Versuch wagen:

In jüngerer Vergangenheit sind zwei Berichte veröffentlicht worden, die die Erfolge der Regierung seit Ausrufung der Agenda 2010 bis heute bestätigen und würdigen. So weist das DIW darauf hin, dass das hervorragende Klima, welches die Politik in den letzten Jahren begünstigt oder geschaffen hat, seine Ziele nicht verfehlte und der Reichtum weiter konzentriert werden konnte. Zudem war es diesem reichsten Teil der Bevölkerung nun besser möglich, den Abstand zu den Ärmsten weiter auszubauen. Am 19.02.2015 legte der Paritätische Gesamtverband mit einem Bericht nach, welcher die gute Arbeit der Regierung bzw. die guten „Unterlassungen“ noch einmal bestätigt und zeigt, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung erfolgreich abgehängt werden konnte. Dies sind Belege für die hervorragende Umverteilungsleistung für die die Politik der letzten Jahre sorgte. Deutschlands Wirtschaft kann vom europaweit größten Niedriglohnsektor profitieren – Arbeit für wenig Geld. Nur der nun eingeführte Mindestlohn ist ein Wermutstropfen, wodurch die Kosten für Arbeit etwas ansteigen.

Dass die Linke so loben würde, erscheint mir doch eher unangebracht, genauer müsste dies so für alle Parteien gelten welche tatsächlich für das gesamte Volk Politik betreiben wollen und so möchte ich mal den Mindestlohn aufgreifen. Der Mindestlohn, den wir als die Linke zu Recht weiter fordern, wird viel kritisiert. Er gefährde Arbeitsplätze, ist bürokratisch zu aufwendig usw. Diese Kritiken kann man in wenigen Sekunden im Netz finden und sind auch nachvollziehbar. Sicher lässt sich sagen, dass der Mindestlohn einige Nachteile hat. Aber viel wichtiger sind Punkte, die diese Kritiken regelmäßig vermissen lassen. Der Mindestlohn ist ein Pflaster auf eine riesige Wunde, wie man an den oben genannten Berichten leicht nachvollziehen kann. Die Politik Deutschlands hat, dafür sind die oben genannten Berichte ebenfalls ein Beleg, enorm zur Entmachtung der Arbeitnehmer beigetragen, bzw. zur Entmachtung eines Großteils der Bevölkerung. Denn nicht nur die Arbeitssuchenden und Bedürftigen stehen immer wieder ohnmächtig den Jobcentern gegenüber, der aus

diesem System kommende Druck strahlt weiter aus: So wurde das Machtverhältnis zwischen Arbeitgeber und Beschäftigte mit der Einführung des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt drastisch zu Gunsten der Arbeitgeber verschoben. Denn der massive Mechanismus, der sich hinter diesem Gesetz verbirgt, welcher durch die Arbeitsagenturen, aber besonders durch die Jobcenter, umgesetzt wird, setzt die Betroffenen und Bedürftigen massiv unter Druck. Aus dem Grundkonzept, welches da Fordern und Fördern genannt wird, bleibt weitestgehend nur das Fordern übrig und verletzt vielfach auch die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Darüber hinaus aber auch die Rechte derer, welche da als Bestandteil der „Bedarfsgemeinschaft“ zwangsweise einbezogen werden. Der bürokratische Aufwand, der so ziemlich jede Information der Betroffenen verlangt, erschlägt förmlich. Dieser Druck ist es auch, den Beschäftigte zu befürchten haben, wenn diese ihre Arbeitsbedingungen bis hin zum Entgelt nicht akzeptieren wollen, so verwundert es nicht, das auch sehr niedrige Löhne, die Teils zum Überleben nicht reichen, akzeptiert werden müssen. Die „Aufstocker“ sind so dann also staatlich subventionierte Arbeitskräfte. Dieses Machtverhältnis, welches mit Hartz-IV den Arbeitgebern zur Verfügung gestellt wurde, wird nun durch den Mindestlohn ein wenig korrigiert. Der Mindestlohn ist also deswegen notwendig, weil ein gutes Sozialsystem heute fehlt. Wenn der Mindestlohn eine schlechte Form der Fehlerkorrektur ist, was ist dann eine gute?

Das dringlichste Problem ist die geringe Macht der Arbeitnehmer. Das beste Mittel diese gleichmäßig zu stärken ist doch eine gute Arbeitslosenversicherung, beispielsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen, welche diese im Fall von Arbeitslosigkeit gut auffängt, selbst verständlich dürfen auch jene nicht vergessen werden, welche nicht arbeiten können, oder bereits in Rente sind. Dies ist jedoch, vor allem angesichts der Tatsache, dass Besserverdiener sich nach und nach aus dem Solidarpakt verabschieden, kaum finanzierbar. Hartz IV leistet dies nicht und es ist auch politisch nicht gewollt, was meiner Meinung nach zeigt, das eben nicht das Wohl der Bevölkerung im Zentrum der Bestrebungen der Politik steht. Zudem steht Deutschland als Wirtschaftsstandort in Konkurrenz zu anderen Ländern, insbesondere Europa, weshalb solche Veränderungen auch in diesen Ländern stattfinden müssten, um ein Ausweichverhalten der Unternehmen sowie einen

weitergehenden Standortwettbewerb über diese Punkte zu verhindern. Tatsächlich könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen diesen Zweck auch erfüllen, wobei dann auch Arbeitgeber davon profitieren könnten, da eine Lohnuntergrenze dann ihre Notwendigkeit weitestgehend verliert. An TTIP will ich an dieser Stelle mal nicht denken, obwohl dieses Abkommen der Problematik wohl eine neue Qualität verleihen wird. Besonders stark leidet die Gruppe der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Ein Anstieg der Armut in dieser Gruppe von 48% ist zu verzeichnen – Lobende Worte? Da muss man doch aus Sicht des größeren Teils der Bevölkerung fragen, was man denn loben soll.

#### Quellen:

Pressemitteilung vom 26.02.2014 des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

Mitteldeutsche Zeitung vom 12.02.2014 - „Reichtum in wenigen Händen“

MZ-Online 11.02.2014 - „Reiche sind noch reicher als gedacht“

<http://www.mz-web.de/wirtschaft/vermoeigen-in-deutschland-reiche-sind-noch-reicher-als-gedacht,20642182,29808704.html>

Die Zeit Online – 19.02.2015 – Armut in Deutschland auf Höchststand

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-02/armut-deutschland-bericht-paritaetischer-wohlfahrtsverband>  
Berichterstattung vom 19.02.2015 des Deutschlandfunk (Radio)

Pressemitteilung des Paritätischen Gesamtverbands „Armut auf Höchststand: Studie belegt Sprunghaften Armutsanstieg in Deutschland“ vom 19.02.2015

<http://www.der-paritaetische.de/pressebereich/artikel/news/armut-auf-hoechststand-studie-belegt-sprunghafte-armutsanstieg-in-deutschland/>

Süddeutsche.de „Größter Niedriglohnsektor Europas“ 02.08.2014

## Kommunalpaket 2015 erfüllt Brückenfunktion zum neuen Finanzausgleich 2016

In Thüringen gibt es Streit um das Kommunalpaket 2015. Während die Regierungsfractionen LINKE, SPD und B90/Grüne das kommunale Finanzpaket als Erfolgsgeschichte bewerten, gibt es scharfe Kritik der kommunalen Spitzenverbände und der CDU. Diese werfen der neuen Landesregierung Wortbruch vor. Frank Kuschel, Kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, hat dazu folgende Fakten zusammengestellt:

1. Die dramatische Finanzlage vieler Kommunen in Thüringen ist die Folge von 24 Jahren CDU-Herrschaft. Ohne Übertreibung kämpfen manche Kommunen ums Überleben. In einer solchen Situation kommt es auch zu emotional geführten Debatten. Klar ist, die Kommunen brauchen mehr Geld, als die neue Koalition ihnen 2015 geben kann. Ihr hoher Finanzbedarf ist nicht nur die Folge der fortwährenden Aufgabenübertragung, sondern auch der Kleingliedrigkeit der Verwaltung. Der von der CDU 2013/14 umgesetzte Finanzausgleich hat schonungslos die Strukturschwächen offengelegt, ohne nachhaltige Anreize für Veränderungen zu beinhalten. Die Antwort der CDU waren kommunale Hilfsprogramme, die immer nur kurzzeitig wirkten. Die rot-rot-grüne Landesregierung und die Regierungsfractionen sind sich einig, Thüringen braucht einen neuen Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen. Der kann aber seriös nicht mehr 2015 zur Wirkung kommen, sondern erst 2016. Deshalb ist 2015 ein

Übergangsjahr. Wenn man jedoch die Zahlen aus dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf zum Kommunalpaket 2015 nüchtern bewertet, brauchen die Kommunen nicht unzufrieden zu sein. Die von den Spitzenverbänden geforderten 135 Mio. EUR zusätzlichen Gelder werden die Kommunen bekommen, wenn auch gesplittet in mehrere Säulen. Die Behauptung der CDU, die Kommunen würden in diesem Jahr 48 Mio EUR weniger vom Land erhalten als 2014, ist bloßer Populismus. 2. Unstrittig ist auch bei den kommunalen Spitzenverbänden und der CDU, dass den Kommunen 94 Mio EUR „frisches Geld“ zufließt, davon 10 Mio Bedarfszuweisungen für notleidende Gemeinden kassenmäßig erst 2016. Von diesen Geldern dient der größte Teil, 60 Mio, der Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Sie werden als Pauschale ausgezahlt, deshalb profitieren alle Kommunen davon, auch die ohne Haushalt oder in der Haushaltssicherung. Der Vorwurf, dass angeblich keine neuen Investitionen begonnen werden können, ist insofern haltlos.

3. Die Pläne von Rot-Rot-Grün, den Kommunen die zusätzlichen Bundeszuweisungen in Höhe von 41 Mio EUR und die prognostizierten Steuermehreinnahmen von 50 Mio EUR nicht mit den allgemeinen Landeszuweisungen (Schlüsselzuweisungen) zu verrechnen, führt dazu, dass die Kommunen hier 91 Mio EUR zusätzlich zur Verfügung haben. Nach der bestehenden Rechtslage im Finanzausgleichgesetz, von der CDU zu verant-

worten, ist hier eine Anrechnung gesetzlich möglich. Die Schlüsselzuweisungen könnten also um 91 Mio EUR gekürzt werden. Dies wird Rot-Rot-Grün aber nicht tun.

4. Gesetzlich wäre das Land zudem nicht verpflichtet, die 6 Mio EUR, die der Bund von den Landkreisen und kreisfreien Städten aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ zurückfordert, zu übernehmen. Die Übernahme durch das Land bedeutet, dass Landkreise und kreisfreie Städte zusätzlich 6 Mio EUR zur Verfügung haben.

5. Die Kritik der CDU, dass die Regierungsfractionen im Kommunalpaket die Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen) von 14 Mio benennt, obwohl diese den Kommunen infolge der Steuermehreinnahmen des Landes ohnehin zustehen würden, verkennt, dass dieses Geld im Landeshaushalt erst einmal zur Verfügung gestellt werden muss. Würde Rot-Rot-Grün die von der CDU zu verantwortende Rechtslage anwenden, müssten diese 14 Mio EUR mit den Steuermehreinnahmen der Kommunen (50 Mio EUR) verrechnet werden. Das macht Rot-Rot-Grün nicht und deshalb profitieren die Kommunen im vollen Umfang vom sogenannten Partnerschaftsmodell des Finanzausgleichs.

6. Der so genannte Garantiefond ist eine „Erfindung“ der CDU. Damit sollten die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs ab 2013 „abgefedert“ werden. Für 2013 war der Fond mit 98 Mio EUR ausgestattet, 2014 mit 80 Mio, 2015 sollte er nach den CDU-Plänen auf 55 Mio EUR sinken und bis 2017 völlig „abschmelzen“. Die CDU hat diesen Fond an die Steuereinnahmen der betroffenen Kommunen gekoppelt. Auf Grund dieser Steuereinnahmen, die höher lagen und liegen als angenommen, werden aus dem Garantiefond 2015 nur noch 10 Mio EUR benötigt. Wenn die CDU die „Abschmelzung“ jetzt kritisiert, richtet sich diese Kritik gegen ihr eigenes Projekt.

7. Die CDU hatte für die Jahre 2014 und 2015 ein weiteres Hilfspaket auf den Weg gebracht (für 2014 106 Mio EUR, für 2015 noch 30 Mio). Die 30 Mio EUR für 2015 muss Rot-Rot-Grün aus dem Landeshaushalt finanzieren, denn die CDU hatte hierfür keine Vorkehrung getroffen. Dies belastet den Landeshaushalt. Das Hilfsprogramm für 2014 war von der CDU nur auf ein Jahr befristet. Das jetzt Rot-Rot-Grün vorzuhalten, ist populistisch.

8. Rot-Rot-Grün wird 2015 auch alle bisherigen Zahlungen an die Kommunen, die außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs flossen, zahlen ( u.a. Kultur-

lastenausgleich, die teilweise Kostenübernahme für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten, Dorferneuerung, Städtebaumittel, Mittel für Denkmalschutz).

9. Kommunen und kommunale Spitzenverbände sind aufgefordert, bereits jetzt mit den Regierungsfractionen und der Landesregierung den Dialog zur Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs 2016 zu suchen. Vorschläge und Anregungen sind ausdrücklich gewünscht.

Sahra Wagenknecht:

### **Niedrigzinspolitik ist Vermögenssteuer für Mittelschicht**

„Nur mit der Unterstützung der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kann sich Merkel in Europa anhaltend als Kürzungsdomina auführen. Die Niedrigzinspolitik wirkt wie eine Vermögenssteuer für die Mittelschicht. Sparguthaben werden durch Zinsen unter der Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten enteignet. Dagegen werden die Reichen reicher, weil die Billionen, die von der EZB auf die Finanzmärkte gepumpt werden, ein Kursfeuerwerk an den Börsen entfachen“, kommentiert Sahra Wagenknecht den Vorschlag der Hamburger Sparkasse für einen „Lastenausgleich“ zwischen Staat und Sparern. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: „Die Hamburger Sparkasse hat Recht, wenn sie sich Gedanken über die von der Bundesregierung zu verantwortende kalte Enteignung der Sparguthaben und Lebensversicherungen macht. Eine Sparprämie, wie von der Sparkasse ins Spiel gebracht, wäre jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Entscheidend sind eine 180-Grad-Wende bei Merkels Eurokrisenpolitik und eine dadurch möglich werdende Normalisierung bei der Geldpolitik.“

Eine grundsätzlich andere Eurokrisenpolitik ist möglich. Nötig ist ein europaweites und öffentliches Investitionsprogramm von mindestens 500 Milliarden Euro im Jahr. Statt über den Kauf von Kreditderivaten und anderen Spekulationspapieren immer größere Blasen auf den Finanzmärkten zu erzeugen, wäre das billige Geld der EZB als Anschubfinanzierung für ein solches Programm weit sinnvoller eingesetzt. Mittelfristig ist es maßgeblich durch Millionärssteuern, in Deutschland durch die Wiedereinführung einer fünfprozentigen Steuer auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro, zu finanzieren.“